



Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern  
Rechtsabteilung  
Münsterplatz 3a  
Postfach  
3000 Bern 8

Bern, 3. Juli 2019

**Vernehmlassung «Gesetz über die Beteiligung des Kantons an der Flughafen  
Bern AG (BFBG)»**

**Sozialdemokratische Partei  
Stadt Bern**

Monbijoustrasse 61  
Postfach 2947 · 3001 Bern

Telefon 031 370 07 90  
Telefax 031 370 07 81

bern@spbe.ch  
www.spbern.ch

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, an der Vernehmlassung zum «Gesetz über die Beteiligung des Kantons an der Flughafen Bern AG» teilzunehmen.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme unserer Stellungnahme und gehen davon aus, dass unsere Anliegen berücksichtigt werden.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern

Daniel Rauch  
Co-Präsident

Michael Sutter  
Parteisekretär



## **1 Grundsatz**

Die SP Stadt Bern lehnt das vorgeschlagene «Gesetz über die Beteiligung des Kantons an der Flughafen Bern AG» zum weiteren Betrieb des Regionalflugplatzes Bern-Belp grundsätzlich ab. Wir wenden uns sowohl gegen die Absicht, dass der Kanton eine Beteiligung an der Flughafen Bern AG erwerben kann, wie auch gegen die weitere Unterstützung dieser privaten Gesellschaft durch kantonale Finanzhilfen.

## **2 Begründung**

Der Flugverkehr belastet das Klima stark und ist nicht nachhaltig. Linien-, Charter- und Businessflugverkehr ermöglichen einigen wenigen Personen einen minimalen Zeitgewinn, zulasten breiter Bevölkerungskreise. Die Region Bern verfügt über gute, direkte Bahnanschlüsse zu den Flughäfen Genf und Zürich. Auch für TouristInnen ist die Region ohne Flugzeug bequem erreichbar. Das Scheitern der Skywork Airline hat einmal mehr gezeigt, dass kein Bedarf an Linien- oder Charterflügen ab dem Regionalflugplatz Bern-Belp besteht. Der wirtschaftliche Nutzen für den Standort Bern ist generell fraglich. Der Regionalflugplatz Bern-Belp sollte sich deshalb konsequent als Rettungsbasis und für zivile Flüge des Bundes positionieren. Einzig für diese beiden Bereiche existiert auch ein ausreichendes öffentliches Bedürfnis.

Die Einschränkung des Flugbetriebs nach dem Grounding von Skywork hat vielen Einwohnerinnen und Einwohnern in Stadt und Region Bern mehr Lebensqualität durch eine spürbare Entlastung vom Fluglärm und auch mehr Sicherheit gebracht. Es ist daher unverständlich, dass nun wieder ein Ausbau der Flugbewegungen angestrebt werden soll, der dann von der betroffenen Bevölkerung und erst noch via Steuern finanziert wird.

Das Aus von Skywork Airlines bietet für die Zukunft des Standorts Bern durchaus Chancen. Es gilt nun aber, die entstandene neue Situation aktiv zu nutzen und den Regionalflugplatz in seinen Kernkompetenzen zu stärken, eben die Nutzung als Rettungsbasis für Einsätze im In- und Ausland sowie die zivile Nutzung durch den Bund.

Der Regierungsrat unterlässt es in seinem Vortrag zum neuen Gesetz leider, diesen Überlegungen zu einer Zukunft des Regionalflugplatzes Rechnung zu tragen. Stattdessen übernimmt er unkritisch die Ausbauwünsche der Flughafen Bern AG, inkl. die nicht zielführenden Ausbauideen, wie etwa die Positionierung als «Mobilitätszentrum» oder Infrastrukturplattform «für die digitale Mobilität (unter anderem als Test- und Zertifizierungsgelände für Elektroflugzeuge, Drohnen oder selbstfahrende Autos)».

Aufgrund dieser Überlegungen kommt das vorgeschlagene Gesetz für die SP Stadt Bern unter keinen Umständen in Frage und wir erwarten, dass die Vorlage zurückgezogen wird.